

© daß jedem Setzungsverbote zunächst eine mit Begründung verbundene Warnung an den Verlag vorausgehen muß; d) daß der Verlag die Setzung nur mit Zustimmung des Reichstages erfolgen darf.

2. Den Herrn Reichstagsler zu erlauben, dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls Fragen der inneren Politik, der Handelspolitik und der Steuerpolitik der Pressezensur nicht unterworfen werden.

Herrn Vizepräsidenten die Abg. Albrecht und G. v. Heine eine Resolution, den Reichstag zu erlauben, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird. Abg. Dittmann (Soz.): Das Symbol, unter dem wir zusammenstehen, ist der Wappstein für den deutschen Reichstag. Selbst aus dem Reichstagsbericht sind in unserem Falleichen Parteiblatt auf Anordnung von Berlin große Stellen gedruckt worden. Der Vizepräsident bedingt keine Aufgabe grundsätzlicher politischer Richtung: Das war die Meinung des Reichstages, und auch der Reichstag wollte den politischen Kampf nicht unterbinden. Die Zensur ist aus einem militärischen Mittel zu einer politischen Zensur geworden, sie wirkt auf allen Gebieten wie das bekannte Tier im Porzellanladen. Der Vizepräsident des Reichstages ist unmoralisch. (Vizepräsident Dobe: Die Kritik muß sich in parlamentarischen Grenzen halten.) Die Zensur ist raffiniert systematisiert. Die Abgeordneten können ihren Wählern nicht mehr Rechenschaft geben. Wir fordern die Befreiung des Belagerungszustandes. (Beifall bei der sozialdemokratischen Minorität.)

Abg. Gerstenberger (Str.): Der Vorredner hat sich gewaltig aufgeregt über die Handhabung der Zensur gegen die sozialdemokratische Presse. Dazu mag vielleicht in Norddeutschland Veranlassung sein; im Süden, speziell in München, wo die sozialdemokratische Presse viel größer ist (Seiterzeit) und einflussreicher als im Nordosten, hat, er freilich sich eine Freiheit, um die die anderen Setzungen beneiden. Auch die kleinste Volkzeitung könnte ein Viehsingen von der auffälligen Fürsorge der Zensur; diese ist gegen jede politische Richtung eingeschrieben. Auch nicht der Lebens raube Faust schon in die krausen Rindlöcher. (Stürmische Seiterzeit.) Die mit Recht beklagte Ungleichheit der Behandlung nimmt angelehnt des Befreiens von den Generalkommandos nicht weiter Wunder. Das Kriegspresseamt hat seine eigene Einseitigkeit zu schaffen, noch nicht zu lösen vermocht. Es ist ein merkwürdiger Vorfriede, wenn man sich hüten lassen muß, ohne sich wehren zu dürfen. Über Kriegs- oder Friedensziele herrschen die allerberühmtesten Anführer selbst innerhalb der Parteien, auch der Sozialdemokratie; deshalb scheint ihre Diskussion hier nicht angebracht. Bei den Fragen der Volkserziehung hat man den Setzungen Vorfriede auf die Handreichung gefaltet, aber die Arbeit verboten. Durch Präventivzensur gegen ganze Zeitungen wird ihr Betrieb gefährdet oder unmöglich gemacht. Den schwersten Eingriff aber bedeutet ein Verbot, die Schädigung des Belagers, dadurch sollen die Zensoren sich wirklich erst klar machen. Dem Kommissionsvorsitzlichen auf vorherige Warnung kann ich mich aber ebenso wenig anschließen als bemängeln, daß ein Verbot nur mit Zustimmung des Reichstages erlassen werden darf. Dem Reichstag würde es nur zu regnen; und der Kaiser hat seine Zeit und Möglichkeit, die Gründe für ein Verbot zu prüfen. Trotz aller Bedenken können wir der Befreiung des Belagerungszustandes und Aufhebung der Zensur nicht bestimmen. Die Zeiten sind andere als noch 1870/71: für militärische Zwecke ist die Zensur auch nach der Mobilisierung unentbehrlich. Etwas läßt sich durch ein Verbot allerdings erreichen, nämlich die Zensur in den Kämpfen und in allen Ländern auf 4 Wochen verboten würden, dann würde der Frieden vielleicht sehr bald erreicht sein. (Seiterzeit.)

Abg. Fritzsche (Fortfchr. Wtl.): Jetzt geht sich die Wirkung der Unterlassung, die militärische Gewalt nicht im Frieden gegen die anderen Gewalten abgegrenzt zu haben. Freilich hat früher niemand an die Möglichkeit eines solchen Vorfriedes gedacht. Die sozialdemokratischen Angriffe können auch nicht annehmen, aber Konventionen müssen eintreten, dazu ist es noch Zeit, um den bürgerlichen Reichstag auf nichtmilitärischen Gebiete wiederherzustellen. Auch das Kriegspresseamt hat die daran geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. In Norddeutschland ist die Präventivzensur aufgehoben, in Süddeutschland besteht sie weiter. Wir halten es noch heute für das Beste, Friedensziele nicht zu erörtern, solange die Feinde uns noch zerhacken wollen. Das beherrschend ist das Setzungsverbot. Die Bedeutung des Vorfriedes ist unübersehbar; jedem Reichstagsgedanken. Die Zensur ist stellenweise zur Sachwalterin von Privatinteressen geworden. Was haben die mit der Sicherheit unserer deutschen Vaterlands zu tun? In Sachen und Wapen ist die Veröffentlichung parlamentarischer Verhandlungen beschränkt worden. Für die Zeit nach dem Kriege wollen wir erst recht Freiheit. Die Vorfrieden sollen offen und frei ihre Meinung sagen, soll es aber offen tun, daß das Volk weiß, wer zu ihm spricht. (Sehr richtig! Links.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Der Reichstag ist durchaus unfähig zur Befreiung des vordem Erlasses. Das deutsche Volk liebt starke Männer, was hier aber kommen soll, ist nicht offener Kampf, sondern ein mit Zwangsmitteln gesichertes Plaisierment. Aber die Handhabung der Zensur ist schwer, keine Satze zu schreiben. Wir müssen uns jede Zensur der Parlamentsberichte entschieden verbieten. Der Reichstagsler muß dafür sorgen, daß solche Sachen unterbunden werden. Die Willkürherrschschaft bei dem Verbot von Jugendbüchern, zumal patriotischen Werken, muß aufhören. Unanglücklicher Weise wurde sogar der Wabruch der Untredung mit Hindernis mit dem trefflichen Wort „Nicht Durchhalten, sondern Hegen“ verboten. Der Vorfriede ist nicht so zu verstehen, daß keine Gegenäußerung möglich ist, denn es ist in einem 70 Millionen-Volk nicht denkbar, wohl aber muß gegenwertige Akteure bestehen bleiben. Auch der Vorfriede ist nur mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen. Da liegen große Verhältnisse, auch solche der deutschen Diplomatie; man hat uns im Inlande in den Zeitungen nur solche Dinge hören lassen, die freundlich für Deutschland klangen, und erst der Krieg hat uns die Augen über die wirkliche Lage geöffnet, daß wir nämlich fast überall nur Reiber, Reibe und Geuer befehen. Wir dürfen uns nicht damit trösten, daß wir uns selbst genau sind. Auch über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sollte nicht geschwiegen, sondern erachtet und Mithände öffentlich bekannt werden. Besondere Vorfriede sollte den Reutermeldungen gegenüber obwalten, die für Deutschland besonders gemacht

zu sein scheinen, um bei uns zu verwirren und uns den Reutern gegenüber als Querulanten erscheinen zu lassen. Auch die Berichte aus Washington sind wohl meist gefälscht. Die amerikanische Politik wäre so nicht möglich, wenn alle Kongreßredner sich für Deutschland verwendeten. Die Baralong-Erörterung im Reichstag war geradezu eine befreiende Tat für die deutsche Öffentlichkeit. Es darf nicht das Gefühl aufkommen, daß unsere Regierung schwach ist. Auch nach den Vereinigten Staaten gegenüber zu lauen haben, wohl offen gesagt werden können. Unsere Staatsmänner unterschätzen die große Waffe der öffentlichen Meinung in Deutschland. Dernburg hätte einen viel größeren Eindruck in Washington im Namen des deutschen Volkes gemacht, als bloß im Namen der Regierung. Das Echo der Reden von Roste bis Dertel im Baralong-Hall wird keinen Eindruck nicht verhehlen. Aber Kriegsziele im allgemeinen könnte man wohl brechen. Wir müssen das Volk auf die künftige Zeit vorbereiten. Geben Sie uns die Möglichkeit, über die lamische, lamische oder auch englische Frage frei auszusprechen. Ebenjowenig wie von einem zum andern Tage die Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft übergehen kann, kann man plötzlich über Friedensziele schreiben, nachdem man 20 Monate hat schweigen müssen. Der Frieden ist nicht bloß vom Diplomaten zu machen, das Volk muß gehört werden. (Beifall.)

Den national-liberalen und freimächtig Abgeordneten Vorfriedmann, Dr. v. Blah und v. Genssen ist folgender Antrag eingegangen: den Herrn Reichstagsler zu erlauben, dem Reichstage bei Beginn des nächsten Sitzungsbereiches einen Geleitentscheid vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Abg. Dr. Dertel (Deutschf.): Unsere heutigen Reden sind wirkungslose Monologe, denn die für die auf Grund des Belagerungszustandes erlassenen Bestimmungen verantwortlichen Stellen sind einem andern verantwortlich, als dem Reichstag. Trotzdem beteiligen meine politischen Freunde sich an der offenen Anrede gewisser Belagerungszustand ist nötig für alle auch nur mittelbar betroffenen Gebiete, das ist das ganze Deutsche Reich. Die Durchführung des Spionagegesetzes im Kriege teilt den Belagerungszustand voraus. Der eben eingegangene Antrag ist nicht genügend begründet und im Kriege nicht zweckmäßig. Die Fortdauer des Belagerungszustandes ist trotz aller Versicherungen nötig. Die Zensur der Jugendbüchern und der Wapenzeitung hätte ich unter Umständen für geboten. (Zu Vorfriedmann: Auch wir werden den Tag legen, wo die Zensur vermindert, aber er ist noch nicht da. Eine mit nahe liegende Zeitung ist beschlagnahmt, zweimal längere Zeit verboten, ist unter Präventivzensur gestellt worden, man sprach sogar von Hochverratsverfahren. Mehr können Sie nicht verlangen. (Seiterzeit.) Das ist ein Beweis dafür, daß die Zensur die rechtsstaatliche Presse nicht bevorzugt. Neuter ist allerdings der König der Mäße, aber das weiß man nachgerade. Die Zensur wird als bester Friede angesehen. Der Vorfriede darf kein Friehefriehe sein und nicht den Mithänden vorbereiten, er soll zeigen, daß wir uns als Glieder eines Ganzen fühlen, aber nicht berechtigte Abwehr hindern. Wenige Tage vor dem Treubruch Italiens wurde ein Blatt, das dieses Ereignis voransagte, beschlagnahmt. Jetzt verliert man nicht, weshalb nicht auch die Amerikaner beim rechten Namen genannt werden dürfen, auf deren Haltung wir uns als bester Friede anstellen. Weshalb darf über die fast völlige Einstellung des U-Bootkrieges nichts gesagt werden? Das Volk verliert das nicht. Die Kritik bis zur Freigabe der Kriegszieleerörterung darf nicht so weit getrieben werden. Was kann es schaden, wenn wir offen und ehrlich auszusprechen, daß die deutschen Grenzen nach Westen und Osten erweitert werden müssen. Wer von uns würde angelehnt der Verwirklichung Schreuzens es bei den bisherigen Grenzen belassen wollen? Weshalb dürfen wir das nicht sagen? Der Vorfriede muß den Reichstag entfrucht dem Empfinden des deutschen Volkes durchdringen. (Beifall.) Unsere Verfassungskonflikte gegenüber dem Auslande in langen Friedensjahren hat uns vielfach geschadet, verfallen wir nicht wieder in diesen Fehler. Keine Sentimentalität, keine Verdingung um jeden Preis! Sie kommt es, so eher, je weniger wir sie finden. Was dahin besteht, um den Kampf durchzuführen. Unser Kriegsziel ist die Erreichung des weltanschaulichen Zieles, ein höheres dem deutschen Volk gefolgt hat. Dazu müssen wir das Deutsche durchziehen. Und dies Ziel muß man sagen können. (Beifall.)

Abg. Meirin (Reichspartei): Die Aufregung über den preußischen Ministererlass ist mir unverständlich. (Unruhe.) Auch die Regierung muß ihre Ansicht zum Ausdruck bringen können. Mit einer Herausgabe der besetzten Gebiete im Ganzen wäre das deutsche Volk nicht einverstanden. Keine Mutter, deren Sohn gefallen ist, seine Witwe würde es verheiden, daß solche Opfer vergeblich gebracht sein sollten.

Abg. Dr. Spahn (Str.): Ich halte die Annahme der fortschrittlich-national-liberalen Resolution ohne Kommissionsberatung und die an sich nötige Änderung der Belagerungszustandsbestimmungen in der kurzen Zeit bis zum 15. März für nicht möglich. Ein Bortwort gegen die militärischen Stellen ist unangebracht.

Abg. Heine (Soz.): Es hat sich heute eine erfreuliche Stimmung in der Beurteilung der Pressezensur gezeigt, wie wir sie nur neulich bei der Beurteilung der Baralong-Wörter gefunden haben. (Sehr richtig!) Als Jurist stimme ich dem zu, was Kollege Dittmann vom politischen Gesichtspunkte ausgeführt hat: es ist und bleibt ein Mißbrauch des Gesetzes. Das ganze System muß immer schlimmere Zustände schaffen. Das Volk trägt alle Unbequemlichkeiten und Härten gern, um den Sieg zu sichern. Mit dem Belagerungszustand ist es aber eine ganz andere Sache. Der Kaiser ist berechtigt, den Belagerungszustand zu verhängen, nicht aber die Generalkommandos. Und woher sollen die Generale das Gefühl für das Volksempfinden haben, die nur zu kommandieren genötigt sind? Sie können die Folgen ihrer Sandlungen nicht übersehen. Guter Wille, mit Untätigkeit gepaart, bringt alle Vöde hervor. Wenn der Polizeipräsident sogar als Sprachreiner auftrat, so ist das doch eine Eindeutigkeit. Die Zensur der Parlamentsberichte ist ganz unzulässig und daher verurteilt. Die Vorfriede bei der Anbahnung einzelner Personen und bei den Internierten sind ein Mißbrauch des Belagerungszustandes. Noch immer fehlen die größeren Freiheiten für die Gewerkschaften. Die Vorfrieder legt eine Torheit auf die andere. Wer bei seinen Vorfriederinteressen, seinen theoretischen Redebildern über die Zukunft Deutschlands nicht bedenklich Weisung er. nach außen und innen, auf unsere

Vaterländische Reichstagsler und Dr. Konstantin Hof, von dem rufen wir nicht nur ab, gegen den sind auch scharfe Maßnahmen geboten! (Zuruf: Lebendigs! So sprechen Sie als Sozialdemokrat für den Belagerungszustand! Große Unruhe, erneute Zurufe.) Vizepräsident Dr. Baasche rief den Abg. Vorfriede zur Ordnung.

Abg. Heine (fortfahrend): Ich will die Einigkeit des deutschen Volkes aufrechterhalten helfen, aber mit beratigen Maßnahmen verurteilt man nur Dred. Nur durch Vertrauen und Offenheit kommen wir zum Ziele. Können nicht die Parteien einig sein in dem Willen, das Vaterland zu verteidigen? Es dreißigebende sind nur sehr Wenige geneigt. Wir wären viel weiter ohne diese Stille, ohne den Maulkorb. Erhöbe sich die Frage: wolle ich, daß unser Vaterland vor einer Niederlage bedroht wird oder wolle ich Niederlage, Schmach und Gend? Wollt ihr den Frieden um jeden Preis oder einen festen, sicheren Frieden, der kann zweifeln wie die Antwort ausfallen wird? Noch führen unsere Vorfriede schwere Kämpfe. Wir Sozialdemokraten lehnen alle Kriegsziele ab, die den Krieg verlängern und neue Feindschaften hervorbringen (Gürt! Gört!) und Streitigkeiten im Innern verurteilen können. Wir führen diesen Krieg um der Heimat willen. Diesen Charakter dürfen Sie ihm nicht nehmen. (Beifall: Beifall.) Die Vorfrieden Erklärungen sind im Abgeordnetenhaus geneigt erörtert, hier ist das nicht not. Mit dem ersten Teil der Resolution, wonach keine Einschränkung zur Verhängung der Pressefreiheit und Freiheit der öffentlichen Meinung getroffen werden darf, ist auch Minister von Loebel einverstanden. Tatsächlich sind nur verwindend wenige Setzungen verboten worden. Andererseits finden Belagerungszustand mit dem Reichsverband der deutschen Presse statt, die zu einer Verdingung über die technische Handhabung der Pressefreiheit und Freiheit der öffentlichen Meinung einzugehen. Wir wollen wir möglichst Freiheit lassen nach dem Willen der Kriegsziele vor im Ausmaß vertraulich, es wäre besser gewesen, wenn sie hier unterließen wäre. Die Ansicht, daß bei der Reichsleitung irgendein Mißbrauch annehmen den gewerblichen Vereinen befehle, ist irria. Die verbundenen Regierungen werden in der nächsten Tagung eine Vorlage machen, die die

Erweiterung der Rechte der Berufsvereine bringen wird. (Beifall.) Die Zensur verurteilen wir als notwendiges Übel, welches der Krieg mit sich bringen eine Beschränkung, wie sie auch auf anderen Gebieten vorkommt: sie ist die Fortkante der öffentlichen Meinung. (Große Seiterzeit und Beifall.)

Abg. Waltheim (Fortfchr. Wtl.): Wir möchten eine Zugeständnis zu dieser Fortkante beantragen. (Seiterzeit.) Sollten wir, daß wir von den Tatsachen überholt werden, so daß die Änderung des Belagerungszustandes in der nächsten Tagung nicht mehr nötig ist. Dennoch müssen die Vorfriede dazu beschleunigt werden.

Abg. Vorfriedmann (Natl.) beantragte Verweisung der fortschrittlich-national-liberalen Resolution an die Kommission. Darauf wurde ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Vorfriedmann (Soz.): Zur Geleitentscheidung: Dadurch wird mir das Wort abgehörnt. Diese Zensur ist Kanakaber als die heute beabsichtigte. (Vizepräsident rief den Redner zur Ordnung.) Vorfriedmann: Sie sollten vor dem Parlamenten des Auslandes erröten. (Lachen bei der Mehrheit.)

Nach weiteren Bemerkungen gegen die Vorfriedmann des Vizepräsidenten wurde dem Abg. Vorfriedmann das Wort entzogen.

Abg. Dittmann (Soz.) beuortete ebenfalls, daß ihm das Wort abgehörnt sei.

Abg. Vorfriedmann (Soz.): (Persönliche Bemerkung): Die heutigen Vorfriede sind mir lieber, als von Ihnen gelobt zu werden, wie es letzthin mehreren Vorfriedern der sozialdemokratischen Fraktion passiert ist. (Schallendes Gelächter.) Durch Ihr Verhalten zeigen Sie, daß Sie die Wahrheit scheuen.

Die Resolutionen der Kommission wurden angenommen, die fortschrittlich-national-liberalen Resolution an die Kommission verwiesen, die sozialdemokratischen Resolutionen abgelehnt.

Demnächst war die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Dr. Koenig: Eine Reihe finanzieller und wirtschaftlicher Maßnahmen sind von uns verabschiedet worden, andererseits hat wir Gesetz, mit welcher Entschlossenheit das deutsche Volk die Opfer für das Vaterland, seine Zukunft und Größe auf sich zu nehmen gewillt ist. Siegreich stehen unsere und unserer Verbündeten zahlreiche Truppen an allen Fronten zu Wasser und zu Lande; unerschütterlich gegen wir den Schwereigenschaften aus dem englischen Handelskriege. In ohnmächtiger Erbitterung läßt die britische Regierung sich dazu hinreißen, seinen Reichsverband an wehrlosen deutschen Soldaten zu billigen und ungenügend zu lassen. Angelehnt alles dessen geht Deutschland stolz erhabenen Hauptes seinem Ziel entgegen, mehr als je von dem Vertrauen befehle, daß es sich den Vlag erinnern wird, der ihm in der Welt gebührt, um dann wieder den Wert des Friedens zu leben und alle Bunden zu heilen. Dies ist der Wunsch, mit der ich die diesmalige Tagung schliesse, an dem Tage, an dem wir vor 45 Jahren das Deutsche Reich gegründet haben.

Staatssekretär Dr. Delbrück verlas die Kaiserliche Verordnung auf Verlegung des Reichstages bis zum 15. März. (Die sozialdemokratische Minorität hatte den Saal verlassen.)

Vizepräsident Dr. Koenig schloß die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preußischer Landtag Abgeordnetenhaus

Sitzung vom 18. Januar 1916.

Vizepräsident Graf Schwerin-Ludowits eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Das Haus stimmte einem Antrag auf Einstellung eines gegen den Abg. Wente (Fortfchr. Wtl.) eingeleiteten Strafverfahren wegen Beleidigung zu.

An der ersten Beratung des Geleitentscheids über weitere

